

Die Welt ist ja so schlecht

Wahrnehmung. Menschen neigen zu negativen Überschätzungen: Arbeitslosigkeit, Einkommensunterschiede und die Zahl der Grundsicherungsempfänger werden in Deutschland regelmäßig viel höher vermutet, als sie tatsächlich sind. Diese Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Fakten gibt es aber nicht nur hierzulande. Überschätzungen sind ein weltweites und häufiges Phänomen, sagt IW-Wissenschaftlerin Judith Niehues im Interview.

—> [Seiten 2-6](#)



Wahl in Bremen

Das kleinste Bundesland, in dem am 26. Mai eine neue Bürgerschaft gewählt wird, hat seit Langem große wirtschaftliche Probleme.

—> [Seite 7](#)

Befristungen

Die Bundesregierung möchte den Einsatz befristeter Arbeitsverträge einschränken. Dabei werden diese vor allem von Firmen genutzt, die neue Stellen schaffen.

—> [Seite 9](#)

Wie Pessimismus und Populismus zusammenhängen

Wahrnehmung der Arbeitslosigkeit. Die meisten Menschen in Deutschland schätzen die Arbeitslosenquote wesentlich höher ein, als sie tatsächlich ist. Auch in 22 weiteren Ländern wird die Arbeitslosigkeit durchweg überschätzt. Kurz vor der Europawahl ist dies ein alarmierender Befund. Denn Pessimisten neigen eher rechtspopulistischen Parteien zu.

Eigentlich läuft hierzulande alles wie geschmiert: Weil die Wirtschaft seit mehr als einer Dekade brummt, sind mittlerweile nur noch gut 2,2 Millionen Menschen arbeitslos. Schon im Jahr 2012 war vom deutschen Jobwunder die Rede – die Arbeitslosenrate lag zwar noch bei 7 Prozent, doch mit mehr als 41 Millionen waren bereits damals so viele Menschen erwerbstätig wie nie zuvor. Im laufenden Jahr könnte es mit rund 45 Millionen Beschäftigten in Deutschland sogar einen neuen Rekord geben – ob es dazu kommt, hängt jedoch längst nicht mehr nur von der Konjunktur ab, sondern vielmehr davon, ob die Unternehmen genügend Fachkräfte für ihre freien Stellen finden.

Das deutsche Jobwunder kommt jedoch in vielen Köpfen offenbar nicht an. Auf die Frage „Was würden Sie sagen: Wie viele von 100 Personen im erwerbsfähigen Alter in Deutschland sind arbeitslos und suchen eine Arbeit?“ überschätzten die meisten Bundesbürger die tatsächliche Arbeitslosigkeit deutlich. Der European Social Survey, der solche subjektiven Einstellungen in verschiedenen europäischen Ländern alle zwei Jahre erhebt, greift dabei auf die Definition der Arbeitslosenquote der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zurück – deren Quote fällt zwar regelmäßig geringer aus als die der Bundesagentur für Arbeit, lässt dafür aber länderübergreifende Untersuchungen zu.

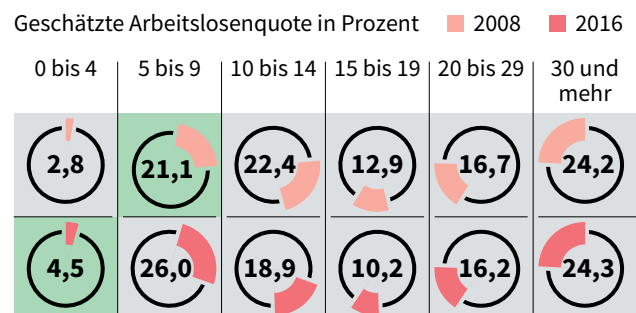
Im Jahr 2008 betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland gemäß der ILO-Definition 7,5 Prozent, im Jahr 2016 lag sie bei 4,2 Prozent. Viele Befragte schätzten sie in beiden Jahren weit höher ein (Grafik):

Sowohl 2008 als auch 2016 vermuteten mehr als 40 Prozent der Deutschen, die Arbeitslosenquote in

Arbeitslosigkeit in Deutschland: Maßlos überschätzt

So viel Prozent der Bundesbürger schätzten die Arbeitslosenquote in Deutschland so ein

■ = richtige Antwort gemäß der Arbeitslosenquote laut Definition der Internationalen Arbeitsorganisation



Befragung von 2.682 Personen in Deutschland im Jahr 2008 und von 2.775 Personen im Jahr 2016

Quellen: European Social Survey, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd

iwd

der Bundesrepublik läge bei 20 Prozent oder sogar noch darüber.

Damit hat sich die Wahrnehmung großer Teile der Bevölkerung noch weiter von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt entkoppelt: Im Jahr 2008 schätzten die Bundesbürger die Arbeitslosigkeit in Deutschland mindestens auf durchschnittlich 18,6 Prozent, im Jahr 2016 lag die Einschätzung im Schnitt bei 17,8 Prozent.

Doch nicht nur in Deutschland wird die Arbeitslosigkeit deutlich überschätzt. Auch in allen anderen betrachteten Ländern werden mehr Arbeitslose im eigenen Land

vermutet, als es wirklich gibt. Im Durchschnitt von insgesamt 23 Ländern – darunter Deutschland – lag die Arbeitslosigkeit in der Wahrnehmung der Einwohner im Jahr 2016 um 13 Prozentpunkte über der tatsächlichen Arbeitslosenquote. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Nationen (Grafik):

Am meisten überschätzten die Portugiesen die Arbeitslosigkeit in ihrem Land – nämlich um fast 22 Prozentpunkte.

Auch in Russland und Italien lagen die vermuteten Arbeitslosenquoten rund 20 Prozentpunkte über den tatsächlichen. Die geringste Überschätzung mit rund 6 Prozentpunkten gab es in der Schweiz, wo die Erwerbslosenrate mit rund 5 Prozent ohnehin unterdurchschnittlich ist.

Bereits im Jahr 2008 hatten die Einwohner aller 23 Länder durch die Bank zu hohe Arbeitslosenquoten angegeben. Eine Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Jahr 2008 ihren Lauf nahm, war zwar, dass in einigen Ländern – vor allem in den südeuropäischen – die Arbeitslosigkeit stark anstieg. Doch seitdem ist sie eben auch überall wieder gesunken.

Schaut man sich die Wahrnehmungen zum Arbeitsmarkt in Europa in den Jahren 2008 und 2016 an, so fällt folgendes Muster auf:

Positive Entwicklungen werden zu wenig positiv, negative Entwicklungen dagegen noch negativer wahrgenommen, als es der reale Trend nahelegen würde.

Eine deutliche Ausnahme stellt Ungarn dar: Dort war im betrachteten Zeitraum ein deutlicher Rückgang der Überschätzung zu verzeichnen.

Sind Menschen, die wirtschaftliche Kennzahlen besonders negativ einschätzen, auch in anderen Lebensbereichen skeptischer? Die exemplarisch für Deutschland vorgenommene IW-Untersuchung bejaht dies: Demnach bringen jene, die die Arbeitslosigkeit besonders hoch einschätzen, auch weitaus weniger Vertrauen in die Politik und im Umgang mit anderen Menschen mit. Dieses systemische Misstrauen manifestiert sich unter anderem darin, dass weniger Mitsprachemöglichkeiten gesehen werden, die Zufriedenheit mit dem Bildungs- und Gesundheitssystem niedriger ausfällt, dass die Abgrenzungstendenzen gegenüber Mitmenschen und überstaatlicher Zusammenarbeit verstärkt werden und eher die Meinung vorherrscht, die europäische Einigung solle nicht weiter vorangetrieben werden.

Menschen, die die Arbeitslosigkeit stark überschätzen, sind auch überproportional häufiger unzufrieden mit der Demokratie. Politisch fühlen sich viele Pessimisten deshalb bei den rechtspopulistischen Parteien gut

aufgehoben: Mit Ausnahme Italiens und der Schweiz sind die Anhänger der rechten Parteiengruppen zum Teil deutlich pessimistischer in der Einschätzung der Arbeitslosigkeit als die übrige Bevölkerung.

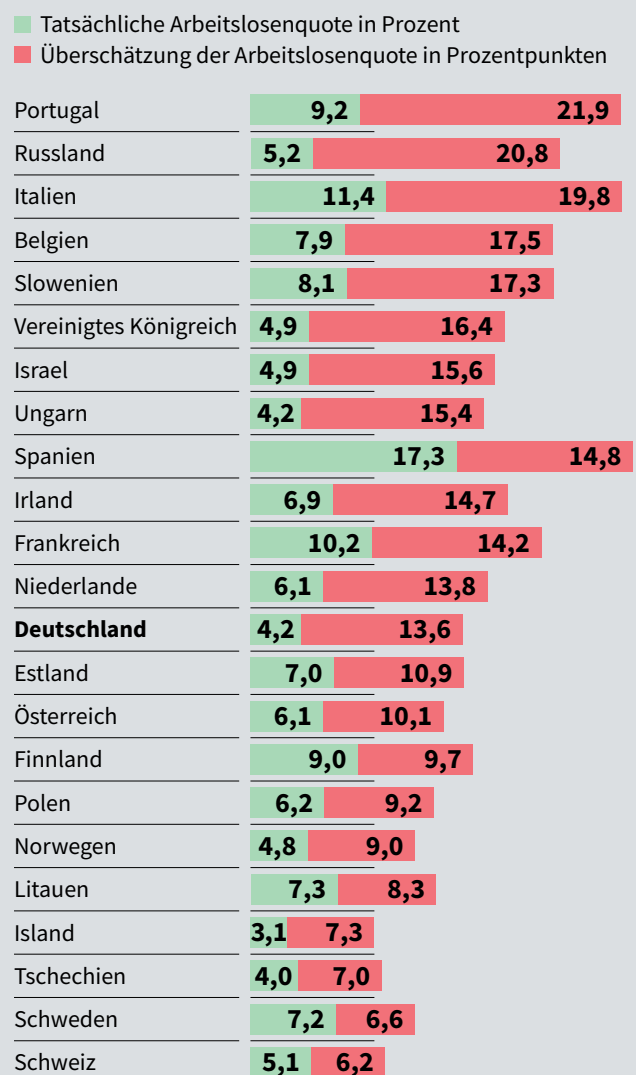
Aus IW-Trends 2/2019

Matthias Diermeier, Judith Niehues: Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit

iwkoeln.de/geschaetztlearbeitslosigkeit

**Arbeitslosigkeit international:
Viel niedriger als vermutet**

im Jahr 2016



Befragung von 41.329 Personen in 23 Ländern im Jahr 2016; Arbeitslosenquote: laut Definition der Internationalen Arbeitsorganisation
Irland, Italien, Litauen, Portugal, Russland, Spanien, Ungarn: Befragung und Arbeitslosenquoten im Jahr 2017

Quellen: European Social Survey, Internationale Arbeitsorganisation, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

Leistung als Gerechtigkeitsmaß

Wahrnehmung der Einkommensverteilung. Immer mehr Bundesbürger sind der Meinung, dass der Staat die Einkommensunterschiede in Deutschland verringern sollte – und das, obwohl die Einkommensverteilung seit mehr als zehn Jahren weitgehend stabil ist. Allerdings plädieren vergleichsweise wenige Befragte für die Ausweitung jener Ausgaben, von denen gerade nicht privilegierte Bevölkerungsgruppen profitieren.

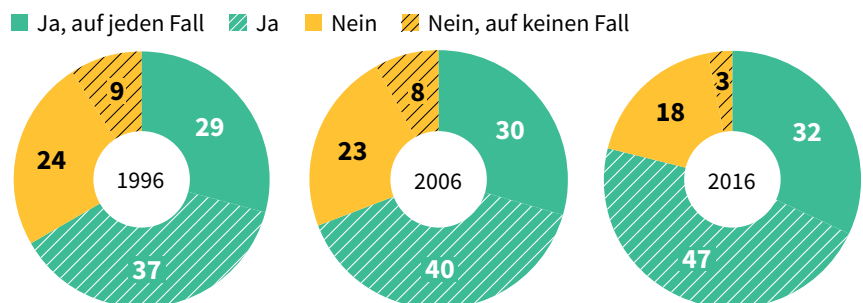
Was ist gerecht? Diese Frage würden die Bundesbürger je nach Lebenssituation wohl sehr unterschiedlich beantworten – schließlich hat Gerechtigkeit viele Facetten. Relativ einig sind sich die Deutschen allerdings, wenn es um die Einkommensverteilung geht: In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften stimmten im Jahr 2018 fast 76 Prozent der Befragten der Aussage „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zu, dass die sozialen Unterschiede in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht sind.

Folglich hält es auch eine Mehrheit der Bundesbürger laut International Social Survey Programme (ISSP) für sinnvoll, dass der Staat eingreift, um die Einkommensunterschiede zu reduzieren. Bemerkenswert ist dabei vor allem, dass diese Mehrheit in jüngerer Zeit sogar noch gewachsen ist (Grafik):

Im Jahr 2016 waren insgesamt rund 79 Prozent der befragten Bundesbürger der Meinung, es sei Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen – zehn Jahre

Mehr Umverteilung gewünscht

So viel Prozent der befragten Bundesbürger gaben zu der Aussage „Es sollte in der Verantwortlichkeit des Staates liegen, die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen“ folgende Einschätzung ab



Befragung von 1.643 bis 3.470 Bundesbürgern

Quellen: International Social Survey Programme, Institut der deutschen Wirtschaft © 2019 IW Medien / iwd



zuvor hatten sich 70 Prozent der Befragten entsprechend geäußert.

Dieser Anstieg lässt sich allerdings nicht damit erklären, dass die Einkommensspreizung in Deutschland zuletzt größer geworden wäre. Der sogenannte Gini-Koeffizient, der die Einkommensverteilung auf einer Skala von 0 (absolute Gleichverteilung) bis 1 (eine Person hat alles, alle anderen haben nichts) misst, wies für Deutschland zuletzt nahezu stabile Werte auf: Der Gini-Koeffi-

zient für die Verteilung der Markteinkommen – also vor Steuern, Sozialabgaben, Renten und Transfers – lag 2015 mit 0,49 leicht unterhalb des Werts für 2005 (0,5). Nach der staatlichen Umverteilung betrug der Wert für die Nettoeinkommen zu beiden Zeitpunkten 0,29.

Möglicherweise halten die Bundesbürger angesichts der guten Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung der vergangenen Jahre das Ungleichheitsniveau heute für

weniger akzeptabel als noch im Jahr 2005. Eine weitere Erklärung für den stärkeren Wunsch nach staatlichen Eingriffen könnte sein, dass die Deutschen die Verteilungssituation anders wahrnehmen, als sie ist. Laut einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Befragung waren im Frühsommer 2017 immerhin 62 Prozent der Teilnehmer der Auffassung, die Einkommensunterschiede hätten in den letzten Jahren eher zugenommen. Auch ein weiteres Umfrageergebnis zeigt die Diskrepanz zwischen Gefühl und Fakten:

84 Prozent der Deutschen meinten, es gäbe immer mehr Mitbürger, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind – tatsächlich ist die Zahl der Grundsicherungsempfänger von 2006 bis 2016 um rund eine Million zurückgegangen.

Wenn nun aber viele Bundesbürger trotz allem der Meinung sind, der Staat müsse noch stärker umverteilen, stellt sich auch die Frage nach den konkreten Umverteilungspräferenzen – also nach den Bereichen, in denen der Staat mehr Geld ausgeben soll. Den Daten des ISSP zufolge haben die Menschen in Deutschland dazu klare Vorstellungen (Grafik):

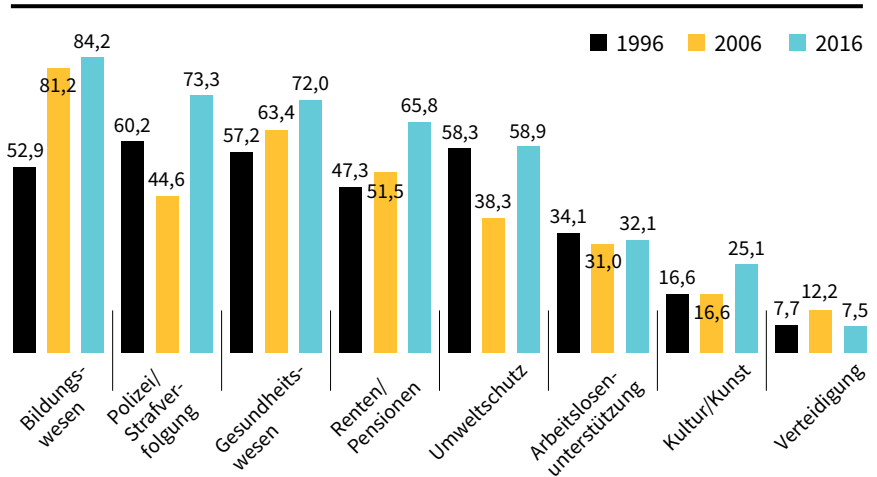
Mehr als 84 Prozent der Deutschen wünschten sich 2016 vom Staat höhere Bildungsausgaben – 20 Jahre zuvor äußerten sich erst knapp 53 Prozent entsprechend.

Eine große – und im Laufe der vergangenen Jahrzehnte gewachsene – Mehrheit der Befragten plädiert auch dafür, dass der Staat mehr Mittel für die Polizeiarbeit, das Gesundheitswesen und die staatliche Altersversorgung bereitstellt.

Nun wäre zu vermuten, dass Menschen, die eine Umverteilung von oben nach unten befürworten, nicht zuletzt auch eine stärkere Unterstützung von Arbeitslosen begrüßen. Doch dies lässt die Umfrage nicht erkennen:

Wofür Deutschland mehr Geld ausgeben soll

So viel Prozent der befragten Bundesbürger befürworteten höhere Ausgaben in diesen Bereichen



Befragung von 1.643 bis 3.470 Bundesbürgern

Quellen: International Social Survey Programme, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Lediglich knapp ein Drittel der Bundesbürger war 2016 der Ansicht, der Staat solle die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung erhöhen.

Dass diese Antworten kein Ausrutscher sind, zeigt der Blick auf vergleichbare Untersuchungen. So sprachen sich in einer im Jahr 2016 veröffentlichten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 91 Prozent der Befragten für höhere Ausgaben im Schulwesen aus – mehr staatliche Mittel für das Arbeitslosengeld I und Hartz IV forderten dagegen lediglich 33 Prozent.

Dazu passen auch die Antworten der 30- bis 59-jährigen Bundesbürger, die das Institut für Demoskopie Allensbach unter dem Stichwort „Generation Mitte“ regelmäßig befragt. Im Jahr 2016 zählten gerade einmal 23 Prozent „Hartz IV erhöhen“ zu den Maßnahmen, die wichtig wären, um Deutschland gerechter zu machen. Oberste Priorität räumten die 30- bis 59-Jährigen demgegenüber den Forderungen ein, gleiche Leistungen in gleicher Höhe zu entlohnen (72 Prozent befürworteten

diese Maßnahme), Steuerschlupflöcher zu schließen (71 Prozent) und zu gewährleisten, dass die Löhne über dem Sozialhilfeniveau liegen (70 Prozent).

Offenbar verstehen viele Menschen in Deutschland unter Gerechtigkeit nicht, dass die Einkommen unbedingt gleich verteilt sein sollen. Vielmehr sind sie dafür, dass alle Bürger die gleichen Chancen bekommen müssen. Wer mehr leistet, soll aber auch mehr verdienen.

Dieses Prinzip wird auch für die Sozialsysteme gutgeheißen, wie die Umfrage der Bundesregierung aus dem Jahr 2017 verdeutlicht: Gut 74 Prozent der Befragten sind demzufolge der Meinung, dass diejenigen, die mehr in die Renten- und Arbeitslosenversicherung einzahlen, auch höhere Leistungen bekommen sollten.

Aus IW-Trends 1/2019

Judith Niehues: Subjektive Umverteilungspräferenzen in Deutschland
iwkoeln.de/umverteilung

Interview. In Deutschland liegt die Arbeitslosenquote über 20 Prozent: So denken viele Bundesbürger – und zeichnen damit ein Bild, das weit von der Realität entfernt ist. **Judith Niehues**, Leiterin der Forschungsgruppe Mikrodaten und Methodenentwicklung im IW, erläutert mögliche Ursachen für diese verzerrte Wahrnehmung und zeigt auf, wie Pessimismus und Populismus zusammenhängen.



Foto: IW Medien

„Viele können statistische Fragestellungen nur schwer einordnen“

Wie lässt sich erklären, dass die soziale Situation in Deutschland von der Bevölkerung viel negativer wahrgenommen wird, als sie tatsächlich ist? Sie haben unter anderem festgestellt, dass mehr als jeder Dritte glaubt, die Arbeitslosenquote läge über 20 Prozent.

Das ist kein deutsches Phänomen, auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass solche Überschätzungen relativ häufig sind. Das gilt auch für andere Themen wie Kriminalität oder die Zahl der Zuwanderer in einem Land.

Bei Gerechtigkeitseinschätzungen konnten wir in einer früheren Studie zeigen, dass diese beispielsweise mit der medialen Berichterstattung zusammenhängen. Ganz erklären lassen sich die großen Unterschiede zwischen Realität und Wahrnehmung damit allerdings nicht. Da sich diese zwischen Ländern als recht konstant erweisen, dürften insbesondere historische und kulturelle Erklärungsfaktoren eine große Rolle spielen. Hinzu kommt, dass viele Menschen statistische Fragestellungen schwer einordnen können.

Obwohl die Arbeitslosigkeit drastisch überschätzt wird, will die Mehrheit der Bevölkerung die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung nicht erhöhen. Wie passt das zusammen?

Wer die Arbeitslosenquote stark überschätzt, hat auch eher ein negatives Bild von Arbeitslosen: So haben Befragte mit einer sehr pessimistischen Einschätzung häufiger die Vermutung, Arbeitslose würden sich nicht wirklich bemühen, eine Stelle zu finden. Sie haben auch weniger Vertrauen in ihre Mitmenschen – und sind deswegen vermutlich auch weniger solidarisch.

Sie haben einen Zusammenhang zwischen Pessimisten und Populisten nachgewiesen. Wen von beiden gab es zuerst?

Richtig bestimmen können wir das für Deutschland nicht, denn die AfD gab es 2008 – dem ersten Befragungszeitpunkt zur vermuteten Arbeitslosigkeit – noch nicht. Grundsätzlich haben Populisten ein Interesse daran, „die politische Elite“ für jegliche Schwierigkeiten im Land verantwortlich zu machen und diese zu skandalisieren. Eine vermeintlich hohe Arbeitslosenquote bietet da eine gewisse Angriffsfläche. Auf der anderen Seite gibt es sicherlich auch Menschen, die sich für entsprechend pessimistische Botschaften besonders empfänglich zeigen. Letztlich bedingen sich Pessimismus und Populismus wohl gegenseitig, wobei die Verbreitung von übertriebenen und falschen Darstellungen, also Fake News, mithilfe von Social Media die Wechselwirkungen noch befeuern dürfte.

Sich seriös zu informieren, ist in Deutschland eigentlich nicht besonders schwer.

Ganz so einfach ist es aber auch nicht. Ein Beispiel: Ist die Ungleichheit in Deutschland gestiegen, konstant oder gesunken? Sie ist höher als in den 1990er Jahren, aber seit 2005 hat sich das Niveau nicht weiter erhöht. Dieselben Daten können also zu unterschiedlichen Bewertungen führen – und beide Positionen lassen sich faktengetreu belegen! Und dann wird es eben schwierig, zu differenzieren.

Es gibt aber auch Kennzahlen, die sich die Bundesbürger gut merken können: zum Beispiel die Bevölkerungsgröße von 82 Millionen Menschen. Bei vielem anderen, was mit Zahlen zu tun hat, sind die Diskrepanzen immens.



Unter iwd.de/wahrnehmung finden Sie eine Langfassung des Interviews.

Die Bremer Stadtmerkwürdigkeiten

Wahl. Am 26. Mai bestimmen gut 480.000 Wahlberechtigte im Zwei-Städte-Staat Bremen die Zusammensetzung ihrer neuen Bürgerschaft. Es könnte ein historischer Wahltag werden.

Das Bruttoinlandsprodukt ist ein guter Indikator dafür, wie es den Menschen geht. An dieser Elle gemessen müssten die rund 690.000 Bremer und Bremerhavener eigentlich zufrieden sein (Grafik):

Mit gut 50.000 Euro pro Kopf erwirtschafteten die Bremer 2018 fast 10.000 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt – nur die Hamburger waren noch besser.

Doch in Bremen, das von der Fläche und der Einwohnerzahl her das kleinste Bundesland ist, ticken die Uhren anders: Trotz der guten Konjunktur – 2018 war das Wirtschaftswachstum höher als in den meisten anderen Bundesländern – leidet Bremen an mehreren, fast chronischen Krankheiten:

Arbeitslosigkeit. Mit 9,8 Prozent hatte Bremen 2018 die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Schon der Abstand zum zweitplatzierten Berlin mit seinen 8,1 Prozent war groß – der Bundesdurchschnitt von 5,2 schier unerreichbar. Ein Grund dafür ist ein anderer Rekord: Mit fast 44 Prozent waren in Bremen 2018 mehr Arbeitslose mindestens ein Jahr lang ohne Job, also langzeitarbeitslos, als in jedem anderen Bundesland.

Armutsgefährdung. In Bremen gab es 2017 mit 23 Prozent mehr Menschen, die weniger als 60 Prozent des Äquivalenzeinkommens zur Verfügung hatten, als in jedem anderen Bundesland. Der Durchschnitt lag bei 15,8 Prozent.

Schulden. Mit dem Spitzenwert von fast 32.000 Euro pro Kopf war die Verschuldung in Bremen 2018 rund 30-mal höher als in Sachsen.

Hintergrund für die Bremer Misere ist ein unbewältigter Strukturwandel. Einst von Großindustrie geprägt, hat Bremen mittlerweile die meisten Arbeitsplätze in Werften und Stahlbetrieben verloren. Und die vorhandenen Jobs nutzen der Stadt

insofern nicht viel, als ein relativ großer Teil von Einpendlern besetzt ist – und die zahlen ihre Steuern nicht in Bremen, sondern an ihrem Wohnort. So wohnten in Bremen 2018 rund 204.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, davon pendelten rund 46.000 in einen anderen Kreis – umgekehrt kamen aber gut 118.000 täglich zur Arbeit nach Bremen.

Eine Rekordserie könnte jedoch bald reißen. Laut Meinungsumfragen liefern sich CDU und SPD ein enges Rennen – gehen die Genossen am 26. Mai nicht als Sieger aus der Wahl hervor, würden sie erstmals seit 1945 nicht den Regierungschef stellen.

Bremen in Zahlen

WAHL 2019	Bremen	Deutschland
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2018 in Euro	50.389	40.851
Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung 2018 gegenüber 2010 in Prozent	13,3	15,3
Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung 2018 gegenüber 2010 in Prozent	15,4	17,5
Arbeitslosenquote 2018 in Prozent	9,8	5,2
Breitbandversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde in Prozent	95,6	82,8

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, TÜV Rheinland, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

Die Angst 4.0 ist unbegründet

Digitalisierung. Dass Roboter und künstliche Intelligenz über kurz oder lang massenhaft Arbeitsplätze in Deutschland vernichten, ist eine der großen Zukunftsängste. Eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt, dass diese Angst unbegründet ist.

Das IW analysiert regelmäßig, wie sich der zunehmende Einsatz webbasierter Technologien in den Betrieben auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Das Ergebnis zeigt, dass sich die gängigsten Befürchtungen nicht bestätigen:

1. Digitalisierte Unternehmen bauen nicht in großem Stil Arbeitsplätze ab. Es gilt eher das Gegenteil:

Von 2015 bis 2017 haben 62 Prozent der Firmen in Deutschland, deren Geschäfte auf dem Internet basieren, ihre Belegschaften aufgestockt – nur 17 Prozent haben sich verkleinert.

Mit leichten Anteilsverschiebungen ist dieses Bild seit 2011 durchgängig dasselbe. Besonders oft haben jene Unternehmen neue Mitarbeiter eingestellt, die sich erst seit Kürzerem speziell mit 3-D-Druck, dem Internet der Dinge und Virtual Reality befassen.

Firmen, für die Webtechnologien keine große Rolle spielen, sind dagegen seltener auf Wachstumskurs. Der Grund für diese Unterschiede ist zwar weniger der Digitalisierungsgrad, sondern es sind andere Kriterien wie die Branchenzugehörigkeit sowie Forschungs- und Innovationsaktivitäten. Gleichwohl gibt es derzeit auf Unternehmensebene keine Anzeichen dafür, dass die Digitalisierung Arbeitsplätze kostet.

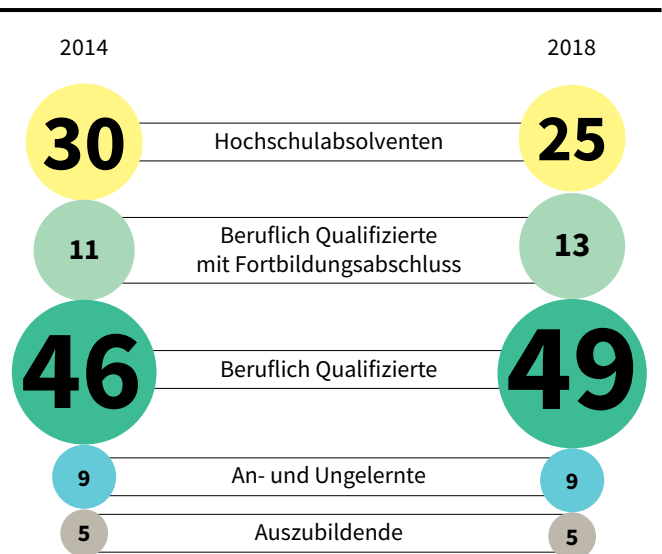
2. Man braucht kein Studium, um in der digitalisierten Arbeitswelt einen Job zu finden. Im Jahr 2018 waren 25 Prozent der Beschäftigten in hoch digitalisierten Unternehmen Akademiker – in Firmen mit geringem Internetbezug betrug der Anteil nur 13 Prozent. Das soll jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die sogenannten Unternehmen 4.0 auch auf Fachkräfte mit Berufsausbildung setzen (Grafik):

Der Anteil der beruflich Qualifizierten in den hoch digitalisierten Betrieben ist von 57 Prozent im Jahr 2014 auf 62 Prozent im vergangenen Jahr gestiegen.

Zu erklären ist das auch damit, dass immer mehr jener Unternehmen in der digitalen Welt ankommen, die seit jeher viele Ausbildungsabsolventen beschäftigen.

Digitalisierung: Berufsausbildung bleibt gefragt

So viel Prozent der Beschäftigten in hoch digitalisierten Unternehmen in Deutschland waren ...



Hoch digitalisierte Unternehmen: Im Jahr 2018 machten sie 39 Prozent der Unternehmen in Deutschland aus, sie befassen sich intensiv mit dem Thema Digitalisierung und das Internet bildet eine Basistechnologie für ihre Geschäftsaktivitäten

Quelle: IW-Personalpanel
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

3. Die vermeintliche Ersetzbarkeit von Berufen und die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung sind zwei Paar Schuhe.

Manche Berufe sind nach Einschätzung von Experten stärker als andere davon bedroht, von Robotern, künstlicher Intelligenz und Ähnlichem ersetzt zu werden. Im Fokus der Warnungen stehen Industrieberufe, vor allem aber Tätigkeiten auf Helferniveau in der Industrie – doch gerade hier haben die Unternehmen seit 2014 besonders stark aufgestockt. Dies hängt mit ihrer guten wirtschaftlichen Entwicklung zusammen und auch damit, dass Geringqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt leichter zu finden sind als hochqualifizierte Fachkräfte.

Die Entscheidung, ob sich eine Automatisierung lohnt und umsetzen lässt, fällt eben in jedem Betrieb anders aus. Und last but not least verläuft der technische Fortschritt nicht in vorgezeichneten Bahnen.

IW-Report 16/2019

Oliver Stettes: Keine Angst vor Robotern – eine Aktualisierung
iwkoeln.de/roboter

Ein Bären dienst

Befristungen. Die Große Koalition will den Einsatz befristeter Arbeitsverträge stark begrenzen. Angesichts der mauen Konjunkturprognosen wäre das ein Bären dienst für den Arbeitsmarkt.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil will über kurz oder lang einen Gesetzentwurf zur Befristung vorlegen. Doch ganz gleich, wie die Regelungen konkret ausfallen, sicher ist: Sie werden die Falschen treffen. Denn die Unternehmen pflegen ohnehin eine vergleichsweise zurückhaltende Befristungspraxis:

Im Jahr 2017 waren in der Privatwirtschaft nur 7,1 Prozent der Arbeitsverträge befristet, im öffentlichen Dienst dagegen 9,5 Prozent und bei gemeinnützigen Institutionen wie Kirchen und Wohlfahrtsverbänden sogar 15,5 Prozent.

In konjunkturell schwierigen Zeiten käme vor allem die geplante Beschränkung von sachgrundlosen Befristungen auf maximal 18 Monate und auf 2,5 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen ab 75 Mitarbeitern einem Spiel mit dem Feuer gleich. Zum einen hätten dann gut drei Viertel der Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern zu viele befristet Beschäftigte. Zum anderen zeigt eine IW-Untersuchung, dass Befristungen vor allem von Firmen genutzt werden, die Beschäftigung aufbauen (Grafik):

In Firmen mit wachsender Belegschaft hatten knapp 11 Prozent der Beschäftigten einen befristeten Vertrag – in Betrieben, die zuletzt Stellen abgebaut haben, traf dies dagegen nur auf 5 Prozent der Mitarbeiter zu.

Befristete Arbeitsverträge erleichtern es den Unternehmen, auch in unsicheren Zeiten Stellen zu schaffen. Denn es sind eben nicht sofort betriebsbedingte Kündigungen nötig, wenn die Geschäfte schlechter als erwartet laufen. Zudem lässt sich während der zwei Jahre, für die sachgrundlose Befristungen derzeit zulässig sind, die Eignung eines neuen Mitarbeiters besser beurteilen.

Dass mit diesen Möglichkeiten kein Missbrauch getrieben wird, zeigt sich auch daran:

Im ersten Halbjahr 2017 haben die Unternehmen fast 46 Prozent der befristeten Arbeitsverhältnisse in unbefristete umgewandelt.

Das ist gegenüber 2010 eine Zunahme um 10 Prozentpunkte. Vor

allem aber ist es eine viel höhere Quote als im öffentlichen Dienst, wo im gleichen Zeitraum nur jeder vierte befristet Beschäftigte einen unbefristeten Vertrag erhielt.

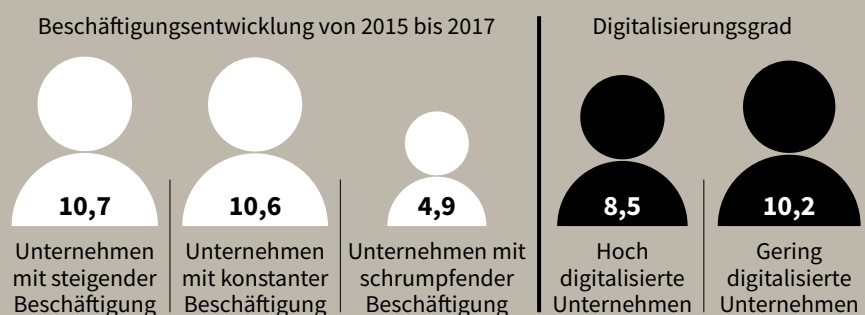
Die Digitalisierung von Unternehmen geht übrigens offenbar nicht mit der Zunahme von Befristungen einher – im Gegenteil: In Betrieben, für die das Internet keine große Rolle spielt, ist die Befristungsquote höher als bei Unternehmen mit webbasierten Geschäftsmodellen.

IW-Kurzbericht 28/2019

Jörg Schmidt, Oliver Stettes: Befristete Beschäftigungsverhältnisse in digitalisierten und wachsenden Unternehmen
iwkoeln.de/befristungen

Befristete Arbeitsverträge: Chance zum Stellenaufbau

So viel Prozent der Beschäftigten in diesen Unternehmen waren 2018 befristet beschäftigt



Digitalisierungsgrad: 39 Prozent aller Unternehmen gelten als hoch digitalisiert – sie befassen sich intensiv mit dem Thema Digitalisierung und das Internet ist eine Basistechnologie für ihre Geschäftsaktivitäten, 34 Prozent der Unternehmen sind gering digitalisiert – sie befassen sich derzeit nicht mit dem Thema Digitalisierung und räumen dem Internet eine relativ geringe unternehmerische Bedeutung ein, weitere 27 Prozent der Unternehmen haben einen mittleren Digitalisierungsgrad

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Nur theoretisch offen

Open Data. Daten gelten mittlerweile als wertvoller Rohstoff. Die Open-Data-Bewegung will deshalb möglichst viele kostenlos und frei zugänglich machen. Auch der deutsche Staat hat sich diesem Ziel verpflichtet. Doch die messbaren positiven Effekte sind bislang sehr begrenzt.

Daten bedeuten Macht – beispielsweise darüber, das Kaufverhalten der Menschen gezielt zu beeinflussen. Entsprechend hoch ist der Marktwert all jener Unternehmen, die über umfassende Nutzerdaten verfügen – also beispielsweise Google, Amazon oder Apple.

Der Open-Data-Bewegung geht es indes um etwas anderes: Sie setzt sich dafür ein, dass jeder Interessierte möglichst viele Daten, die beispielsweise die öffentliche Hand ohnehin sammelt und die nicht im Konflikt mit dem Datenschutz stehen, kostenlos nutzen kann.

Ein Beispiel: Kombiniert man die Geodaten der Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs mit dessen Fahrplänen, kann man beurteilen, welche Städte und Regionen wie gut zu erreichen sind.

Letztlich geht es der Open-Data-Bewegung darum, Daten so weit wie möglich zu demokratisieren. Nur dann, so die Ratio, hat jeder die gleichen Chancen, die Daten zu nutzen.

Dass in Deutschland viele Datensätze frei verfügbar sind, ist Ergebnis der „Open Data Charter“, zu deren Umsetzung sich die Bundesregierung verpflichtet hat.

Das sogenannte Open Data Barometer der World Wide Web Foundation bewertet, wie erfolgreich die Staaten mit ihrer Daten-Offenheit sind (Grafik):

Kanada und das Vereinigte Königreich waren 2018 mit jeweils 76 Punkten die beiden Staaten mit der größten Daten-Offenheit.

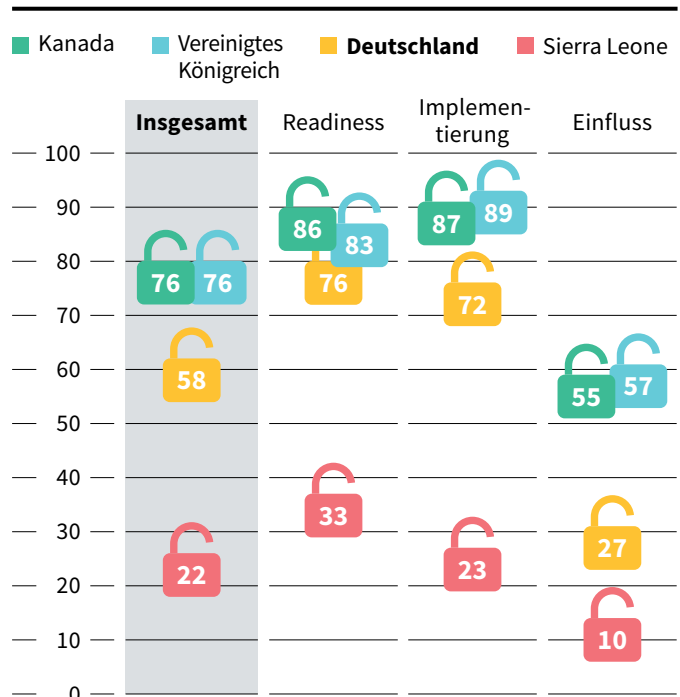
Schlusslicht war Sierra Leone mit einem Indexwert von 22. Kein Land erreichte im Ranking 100 Punkte, es gibt also überall noch ungenutztes Potenzial.

Wo genau das liegt, verrät der Blick auf die drei Einzelkategorien des Barometers – so auch bei Deutschland, das es in der Gesamtwertung mit 58 von 100 Punkten hinter den USA auf den zehnten Platz und damit lediglich ins obere Mittelfeld schafft:

Während die Bundesrepublik in den Kategorien Readiness und Implementierung mit 76 beziehungs-

Open Data: Deutschland nur Mittelfeld

So fortgeschritten waren diese Länder im Jahr 2018 beim Thema Open Data auf einer Skala von 0 (Open Data nicht vorhanden) bis 100 (Vorreiter)



Readiness: Bereitschaft, staatliche Daten frei zugänglich zu machen; Implementierung: gibt an, zu welchem Grad die Daten frei und zeitnah zugänglich sind; Einfluss: Ausmaß der positiven Effekte auf die Wirtschaft

Quelle: Open Data Barometer © 2019 IW Medien / iwd



weise 72 Punkten noch relativ weit oben landet, gibt es für den Faktor Einfluss nur 27 Punkte.

Das ist schlechter als beispielsweise in Uruguay, der Ukraine oder auf den Philippinen.

Anderen Staaten gelingt es deutlich besser, aus Open Data Kapital zu schlagen – allen voran Südkorea. Das Land rangiert in der Kategorie Einfluss auf Platz eins, denn in Südkorea gibt es eine florierende datenbasierte Start-up-Szene.

Hierzulande funktioniert der Transfer von offenen Daten in die Privatwirtschaft indes noch immer eher schleppend – weshalb der Staat aktiv werden sollte: Entrepreneurs brauchen mehr Unterstützung, indem sie beispielsweise aufgeklärt werden, welches Potenzial der Einsatz von Open Data hat. Aber auch über entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten müssten sie besser informiert werden.

Allgemeine Datenverunsicherung

Datenschutz. Seit dem 25. Mai 2018 kommen EU-weit neue Datenschutzregeln zur Anwendung. Bislang allerdings sind sie nur unzureichend umgesetzt worden – und verunsichern Unternehmen sowie Bürger gleichermaßen.

Im vergangenen Jahr berief sich ein Mieter in Wien auf die neue Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) der EU und beschwerte sich bei der Hausverwaltung darüber, dass sein Name auf dem Klingelschild steht. Daraufhin ordnete die Wohnungsgesellschaft an, die Namensschilder an den Klingeln von 220.000 Wohnungen zu entfernen. Der Fall sorgte nicht nur in Österreich für Aufsehen, auch in Deutschland wurde wochenlang über den Sinn und Zweck der DSGVO diskutiert. Das ging so weit, dass sich die damalige Datenschutzbeauftragte genötigt sah zu versichern, dass die Namensnennung auf Klingelschildern keine automatisierte Verarbeitung von Daten sei – und damit auch nicht datenschutzrelevant.

Abzulesen war die Aufregung um die neuen Regeln auch an den Suchanfragen bei Google (Grafik):

In der Woche vom 20. bis 26. Mai 2018 erreichte das Interesse für das Thema „Datenschutz-Grundverordnung“ seinen Höhepunkt – heute wird der Begriff in Deutschland kaum noch geogogelt.

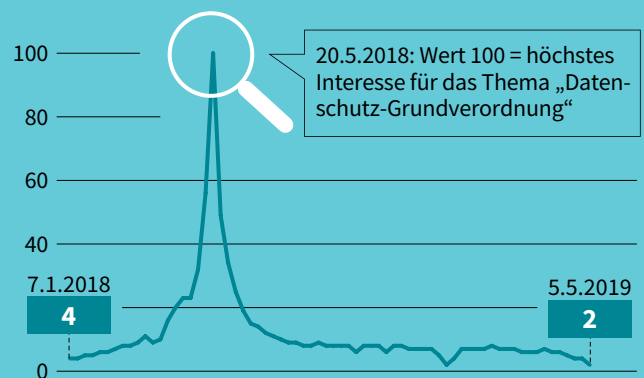
In der Sache geht es darum, die Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch private Unternehmen und öffentliche Stellen in der EU zu vereinheitlichen. Mit der Umsetzung hapert es jedoch: Auch vier Monate nach dem 25. Mai hatte lediglich ein Viertel der Unternehmen die DSGVO komplett umgesetzt – die meisten halten sich noch heute nur unzureichend an die Regeln. Vor allem für kleine Betriebe bedeutet die DSGVO einen enormen Aufwand, den sie oft nur mit externer Hilfe stemmen können. Gleichzeitig müssen sie hohe Strafen fürchten:

Die Strafen bei Verstößen gegen den Datenschutz sind von 300.000 Euro auf bis zu 20 Millionen Euro oder 4 Prozent des Jahresumsatzes gestiegen.

Bis Anfang 2019 sind deutschlandweit rund 40 entsprechende Bußgeldbescheide erlassen worden. Die höchste Einzelstrafe lag bei 80.000 Euro.

Datenschutz-Grundverordnung: War da was?

Suchinteresse für das Thema „Datenschutz-Grundverordnung“ bei Google in Deutschland im Zeitraum Januar 2018 bis Mai 2019



Quelle: Google
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Die Datenschutzbehörden der Bundesländer können sich vor Anfragen und Beschwerden kaum retten. Allein in NRW gab es 2018 rund 12.000. Einige zeugen davon, dass die Debatten in den Medien und sozialen Netzwerken über mögliche Anwendungsfelder der Verordnung viele Menschen eher verunsichern, als sie aufzuklären.

Im Dezember 2018 beispielsweise beschwerte sich eine Kundin bei ihrer Metzgereiverkäuferin, dass diese sie mit Namen anspreche. Tatsächlich ist das gute Gedächtnis der Verkäuferin zwar weder nach dem Bundesdatenschutzgesetz noch nach der DSGVO datenschutzrechtlich relevant. Doch in einem ironischen Facebook-Post hatte ein Salzburger Metzger im Juni 2018 angekündigt, seine Kunden aufgrund der DSGVO nur noch nach deren Zustimmung mit Namen zu begrüßen – und so die Verunsicherung ausgelöst.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Anja Hüpper
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-255
Fax: 0221 4981-99255
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,55/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de

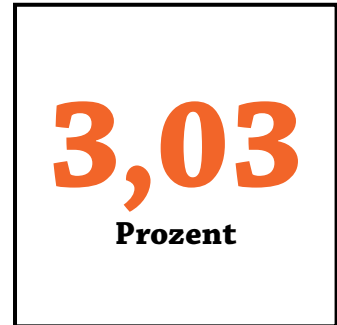
Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.
 E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de



Top-Liste: EU-Klimabarometer

Zahl der Woche

Um den Klimawandel zu bremsen, soll in der EU der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent und bis 2030 auf mindestens 32 Prozent steigen. Im Jahr 2017 betrug der Anteil der Erneuerbaren im EU-Durchschnitt 17,5 Prozent. Allerdings sind die einzelnen Mitgliedsstaaten auf ihrem Weg zur Nachhaltigkeit unterschiedlich weit fortgeschritten: In Schweden stammt schon mehr als die Hälfte der verbrauchten Energie aus Sonne, Wind und Wasser, sodass das Ziel der Skandinavien realistisch scheint, bis 2040 die komplette Energieproduktion auf Erneuerbare umzustellen. In Luxemburg und den Niederlanden haben die erneuerbaren Energien dagegen nur einen Anteil von jeweils 6 bis 7 Prozent. Deutschland, das die Energiewende immerhin erfunden hat, erreicht mit gut 15 Prozent lediglich Platz 17 im EU-Ranking.

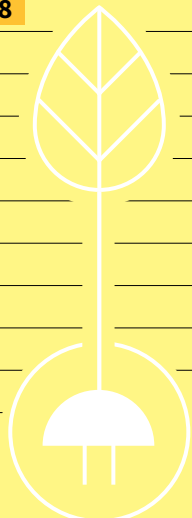


des Bruttoinlandsprodukts betragen die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland im Jahr 2017. Damit haben Staat und Wirtschaft erstmals das Ziel der Bundesregierung erreicht, mindestens 3 Prozent der Wirtschaftsleistung für FuE-Zwecke auszugeben. Vor allem die Unternehmen investieren immer mehr Geld in neue Produkte und Verfahren – ihre FuE-Aufwendungen stiegen 2017 um 9,5 Prozent auf fast 69 Milliarden Euro. Um ihre Innovationskraft zu stärken, haben die Firmen zusätzliches Personal eingestellt: Im Jahr 2017 waren 436.571 Forscher und Entwickler in den Forschungsabteilungen tätig, gut 23.000 mehr als 2016. Von allen Wirtschaftszweigen legt sich der Fahrzeugbau in Sachen FuE am stärksten ins Zeug – auf ihn entfielen 2017 mehr als ein Drittel der gesamten unternehmerischen FuE-Aufwendungen und knapp drei von zehn aller FuE-Beschäftigten.

Erneuerbare Energien: Grün, grüner, Schweden

So viel Prozent des Bruttoendenergieverbrauchs in der EU wurden im Jahr 2017 aus erneuerbaren Energien gedeckt

Schweden	54,5	Griechenland	16,3
Finnland	41,0	Frankreich	16,3
Lettland	39,0	Deutschland	15,5
Dänemark	35,8	Tschechien	14,8
Österreich	32,6	Ungarn	13,3
Estland	29,1	Slowakei	11,5
Portugal	28,1	Polen	10,9
Kroatien	27,3	Irland	10,7
Litauen	25,9	Vereinigtes Königreich	10,2
Rumänien	24,5	Zypern	9,9
Slowenien	21,6	Belgien	9,1
Bulgarien	18,7	Malta	7,2
Italien	18,3	Niederlande	6,6
Spanien	17,5	Luxemburg	6,4



Quelle: Eurostat
 © 2019 IW Medien / iwd